

Hauptsatzung der Gemeinde Breydin

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Breydin hat am **16. Mai 2011** die folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1 Gemeindegebiet

- (1) Das Gebiet der Gemeinde Breydin ergibt sich aus der als Anlage 1 angefügten Karte.
- (2) In der Gemeinde Breydin bestehen folgende Ortsteile ohne Ortsteilvertretung:
 1. Ortsteil Trampe in den Grenzen der Gemarkung Trampe
 2. Ortsteil Tuchen-Klobbicke in den Grenzen der Gemarkung Tuchen und der Gemarkung Klobbicke

§ 2 Unterrichtung und Beteiligung der Einwohner

- (1) In wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde unterrichtet und beteiligt die Gemeinde die Einwohner durch
 1. eine Berichterstattung des ehrenamtlichen Bürgermeisters im öffentlichen Teil von Sitzungen der Gemeindevertretung (Absatz 2),
 2. die Durchführung von Einwohnerfragestunden im öffentlichen Teil von Sitzungen der Gemeindevertretung (Absatz 3),
 3. die Durchführung von Einwohnerversammlungen (Absätze 4 und 5).
 4. Einwohnerbefragungen (Absatz 6) ⁴
- (2) Über eine Berichterstattung nach Absatz 1 Nummer 1 entscheidet der ehrenamtliche Bürgermeister im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen.
- (3) In die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzungen der Gemeindevertretung ist der Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ aufzunehmen. Im Rahmen der Einwohnerfragestunde können Einwohner zu Angelegenheiten der Gemeinde jeweils bis zu drei Fragen an die Gemeindevertretung oder den Amtsdirektor stellen. Kann eine Frage nicht in der Sitzung beantwortet werden, wird sie schriftlich beantwortet. Diese Antwort ist den Gemeindevertretern mitzuteilen. Die Dauer der Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (4) Über die Durchführung einer Einwohnerversammlung entscheidet die Gemeindevertretung. Sie kann auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden. Der ehrenamtlichen Bürgermeister setzt im Benehmen mit dem Amtsdirektor Tag, Uhrzeit und Ort der Einwohnerversammlung fest und lädt die Einwohner hierzu durch Hinweise in den Bekanntmachungskästen der Gemeinde Breydin ein. Die Hinweise müssen spätestens 14 Tage vor dem Tag der Einwohnerversammlung erfolgen.

^{1**} - § 4 ersatzlos gestrichen - „für die ansonsten der Hauptausschuss zuständig wäre“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

^{2**} - § 6 Hauptausschuss wird ersatzlos gestrichen; die Nachfolgenden Bezeichnungen ändern sich § 7 wird zu § 6, § 8 wird zu § 7, § 9 wird § 8, § 10 wird zu § 9 - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

^{3**} - § 7 Abs. 5 wird folgendes gestrichen: „und des Hauptausschusses“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

^{4**} - Änderung § Abs. 1 Nr. 4 Neufassung und Neufassung Abs. 6 - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

^{5**} - Neufassung § 2a - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

^{6**} - Neufassung § 4 - 3. Änderung vom 20.09.2021

^{7**} - 4. Änderungssatzung vom 28.02.2022 - § 7 Abs. 2 Neufassung

- (5) Die Einwohnerversammlung wird vom ehrenamtlichen Bürgermeister oder einem von ihm Beauftragten geleitet. Zu Beginn der Einwohnerversammlung unterrichtet der Versammlungsleiter über die Angelegenheit. Sodann haben die betroffenen Einwohner Gelegenheit, sich hierzu zu äußern. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht. Die Gemeindevertretung ist durch den Versammlungsleiter über Verlauf und Inhalt der Einwohnerversammlung zu unterrichten.
- (6) Die Gemeindevertretung beschließt über die Durchführung von Einwohnerbefragungen sowie das anzuwendende Verfahren im Einzelfall. ⁴

§ 2a ⁵

Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen

- (1) Die Gemeindevertretung sichert gemäß § 18a BbgKVerf Kindern und Jugendlichen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in den sie berührenden Gemeindeangelegenheiten. Soweit Angelegenheiten der Gemeinde Kinder und Jugendliche berühren, erfolgt die Beteiligung in folgenden Formen:
 - a) das aufsuchende direkte Gespräch,
 - b) projektbezogen durch situative Beteiligung in Form von Diskussionsrunden oder Kinder- und Jugendfragestunden.
- (2) Die Gemeindevertretung entscheidet unter Berücksichtigung des betroffenen Personenkreises, des Beteiligungsgegenstandes und der mit der Beteiligung verfolgten Ziele durch Beschluss, welche der geschaffenen Formen im Einzelfall zur Anwendung gelangt. In dem Beschluss sind die Form und Einzelheiten zur Durchführung der Mitwirkung festzulegen.

§ 3

Mitteilungspflicht der Gemeindevertreter

- (1) Jeder Gemeindevertreter hat dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung
 1. seinen Arbeitgeber oder Dienstherrn sowie die Art der für diesen wahrgenommenen Beschäftigung sowie
 2. eine Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person oder Personenvereinigung
 mitzuteilen, soweit dies für die Ausübung ihres Mandates von Bedeutung sein kann. Satz 1 Nummer 2 ist nicht anzuwenden auf Mitgliedschaften, die aufgrund einer Bestellung oder eines Vorschlags der Gemeindevertretung bestehen.
- (2) Die Mitteilung nach Absatz 1 hat innerhalb von vierzehn Tagen nach dem Erwerb der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung zu erfolgen. Dies gilt für Änderungen der in Absatz 1 genannten persönlichen Verhältnisse entsprechend.

§ 4 ⁶

Der Gemeindevertretung vorbehalten Entscheidungen

Die Gemeindevertretung entscheidet über alle Geschäfte, die im laufenden Jahr Zahlungsverpflichtungen oder Forderungen der Gemeinde in Höhe von € 5.000 oder mehr begründen.

^{1**} - § 4 ersatzlos gestrichen - „für die ansonsten der Hauptausschuss zuständig wäre“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

^{2**} - § 6 Hauptausschuss wird ersatzlos gestrichen; die Nachfolgenden Bezeichnungen ändern sich § 7 wird zu § 6, § 8 wird zu § 7, § 9 wird § 8, § 10 wird zu § 9 - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

^{3**} - § 7 Abs. 5 wird folgendes gestrichen: „und des Hauptausschusses“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

^{4**} - Änderung § Abs. 1 Nr. 4 Neufassung und Neufassung Abs. 6 - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

^{5**} - Neufassung § 2a - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

^{6**} - Neufassung § 4 - 3. Änderung vom 20.09.2021

^{7**} - 4. Änderungssatzung vom 28.02.2022 - § 7 Abs. 2 Neufassung

Geschäfte der laufenden Verwaltung und alle der Höhe nach unter die Grenze aus Abs.1 fallenden Geschäfte und Vergabeentscheidungen werden nach § 28 Abs.2, Nr.17 Kommunalverfassung durch das Amt, vertreten durch den Amtsdirektor, wahrgenommen.

§ 5

Einsichtnahme in die Beschlussvorlagen für die Gemeindevertretung

Beschlussvorlagen für die zu einer Behandlung im öffentlichen Teil der Sitzungen der Gemeindevertretung vorgesehenen Tagesordnungspunkte können von jedermann bei dem Amt Biesenthal-Barnim während der Öffnungszeiten der Amtsverwaltung in deren Dienstgebäude Berliner Straße 1, Biesenthal, Bereich Sitzungsdienst eingesehen werden.

§ 6²

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen durch den Amtsdirektor.
- (2) Soweit keine sondergesetzlichen Vorschriften bestehen, erfolgen öffentliche Bekanntmachungen von Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen der Gemeinde durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes im „Amtsblatt für das Amt Biesenthal-Barnim“. Dies gilt auch für durch Rechtsvorschriften vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachungen.
- (3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile in der Form des Abs. 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Amtsgebäude des Amtes Biesenthal-Barnim, Plottkeallee 5, 16359 Biesenthal zu jedermanns Einsicht während der Sprechzeiten ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung wird vom Amtsdirektor angeordnet. Die Anordnung muss genaue Angaben über Ort, Zeit und Dauer der Auslegung enthalten und ist zusammen mit der Satzung nach Abs. 2 zu veröffentlichen.
- (4) Ist eine rechtzeitige Bekanntmachung in der in Abs. 2 und 3 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder anderer unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so kann die öffentliche Bekanntmachung in anderer geeigneter Weise durchgeführt werden. Die Bekanntmachung ist in der nach der in Abs. 2 und 3 festgelegten Form nachzuholen, sobald die Umstände dies zulassen.
- (5) Beschlüsse der Gemeindevertretung werden im „Amtsblatt für das Amt Biesenthal-Barnim“ veröffentlicht.³

§ 7²

Sitzungen der Gemeindevertretung

- (1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse werden durch Aushang an den in Absatz 2 genannten Bekanntmachungskästen öffentlich bekannt gemacht. Der Aushang hat
 1. mindestens während der vollen fünf Tage, die dem Sitzungstag unmittelbar vorangehen, zu erfolgen und darf
 2. frühestens am Tag nach dem Sitzungstag beendet werden.

1** - § 4 ersatzlos gestrichen - „für die ansonsten der Hauptausschuss zuständig wäre“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

2** - § 6 Hauptausschuss wird ersatzlos gestrichen; die Nachfolgenden Bezeichnungen ändern sich § 7 wird zu § 6, § 8 wird zu § 7, § 9 wird § 8, § 10 wird zu § 9 - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

3** - § 7 Abs. 5 wird folgendes gestrichen: „und des Hauptausschusses“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

4** - Änderung § Abs. 1 Nr. 4 Neufassung und Neufassung Abs. 6 - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

5** - Neufassung § 2a - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

6** - Neufassung § 4 - 3. Änderung vom 20.09.2021

7** - 4. Änderungssatzung vom 28.02.2022 - § 7 Abs. 2 Neufassung

Der erste Tag des Aushangs ist durch den hierbei tätig werdenden Bediensteten des Amtes Biesenthal-Barnim im Zeitpunkt des Aushängens, der letzte Tag des Aushangs ist durch den hierbei tätig werdenden Bediensteten im Zeitpunkt der Beendigung des Aushangs auf dem ausgehängten Dokument jeweils zu vermerken. Der Vermerk ist durch den Bediensteten zu unterzeichnen.

- (2) Bekanntmachungskästen nach Absatz 1 sind die Bekanntmachungskästen der Gemeinde Breydin ⁷
1. im Ortsteil Trampe Dorfstraße 53 am Vorplatz
 2. Dorfstraße 1, Ortsteil Trampe
 3. in Klobbicke, Lindenstraße Ecke Akazienweg
 4. Tuchen, neben dem Mehrzweckgebäude der Gemeinde, Kirchstraße 10

§ 8 ² **Funktionsbezeichnung**

Die in dieser Satzung verwendeten Funktionsbezeichnungen werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

§ 9 ² **Inkrafttreten**

Die Hauptsatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Gemeinde Breydin vom 17.03.2009 außer Kraft.

ausgefertigt:

Biesenthal, den 17.05.2011

gez. i.V. Schönfeld

Kühne
Amtdirektor

1** - § 4 ersatzlos gestrichen - „für die ansonsten der Hauptausschuss zuständig wäre“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

2** - § 6 Hauptausschuss wird ersatzlos gestrichen; die Nachfolgenden Bezeichnungen ändern sich § 7 wird zu § 6, § 8 wird zu § 7, §9 wird § 8, §10 wird zu §9 - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

3** - § 7 Abs. 5 wird folgendes gestrichen: „und des Hauptausschusses“ - 1. Änderungssatzung vom 28.07.2014

4** - Änderung § Abs. 1 Nr. 4 Neufassung und Neufassung Abs. 6 – 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

5** - Neufassung § 2a - 2. Änderungssatzung vom 18.03.2019

6** - Neufassung § 4 – 3. Änderung vom 20.09.2021

7** – 4. Änderungssatzung vom 28.02.2022 - § 7 Abs. 2 Neufassung